



Guter Delphin? In Westaustralien sind die Grossen Tümmler ziemlich fies

Seite 45

Reiseführer durch die Welt der Bücher

«Dein Baby wäre doch so hübsch!»  
Warum unsere Autorin Nein sagt

Magazin

# NZZ am Sonntag

26. Juni 2022 | Nr. 26 | Fr. 6.80 | € 6.80

## Der Schweiz fehlen Hunderte Schulen und Kindergärten

Kinderboom und Zuzug führen zu Schulraumnot. Nun zeigen neue Zahlen: Das Land braucht in den nächsten Jahren 450 neue Schulhäuser.  
**René Donzé, Mirko Plüss**

Bald dürfte die Millionengrenze überschritten werden: Die Zahl der schulpflichtigen Kinder in der Schweiz nimmt stetig zu. Doch das Wachstum ist ungleich verteilt. Vor allem Städte und gut erschlossene Vorortsgemeinden sind bei Familien beliebt, da sie meist gute Kinderbetreuung anbieten. Dort herrscht neben dem gegenwärtigen Lehrermangel oft jetzt schon Schulraumnot.

Die Situation wird sich weiter verschärfen. Wie Modellrechnungen der Firma Eckhaus AG für die «NZZ am Sonntag» zeigen, muss in solchen Wachstumsgemeinden in den nächsten zehn Jahren Raum für insgesamt rund 3000 zusätzliche Klassen erstellt werden. Umgerechnet ergibt das einen Bedarf von etwa 200 neuen Oberstufen- und Primarschulhäusern sowie 250 neuen Kindergärten. Oft aber hinkt die Planung

der Realität hinterher, oder Re-kurse blockieren Vorhaben.

Der tatsächliche Mehrbedarf dürfte sogar noch höher liegen, da Schulen zunehmend auch Mittagstische und Betreuung anbieten müssen. «Der grosse Treiber ist der zunehmende Betreuungsbedarf der Kinder», sagt Friederike Pfromm, Expertin für Schulaumentwicklung beim Ingenieurbüro Basler und Hofmann. Wie eine Umfrage dieser Zeitung zeigt, rechnen Kantone und Gemeinden mit Milliardeninvestitionen für Schulbauten - auch für neue Gymnasien.

Zur Überbrückung werden die Gemeinden zunehmend erfindisch. Sie behelfen sich etwa mit Provisorien auf Polizeiposten, in Kirchen, Coiffeursalons oder Kulturzentren. Oder sie stellen Container auf. Wie prekär die Situation ist, zeigt das Beispiel der Gemeinde Köniz bei Bern. Sie ist wegen vieler neuer Schulbauten zum finanziellen Sanierungsfall geworden. «Wir haben das Messer am Hals», sagt Baudirektor Thomas Brönnimann.

Seite 9

## Die Gasbranche fürchtet abgeschnitten zu werden

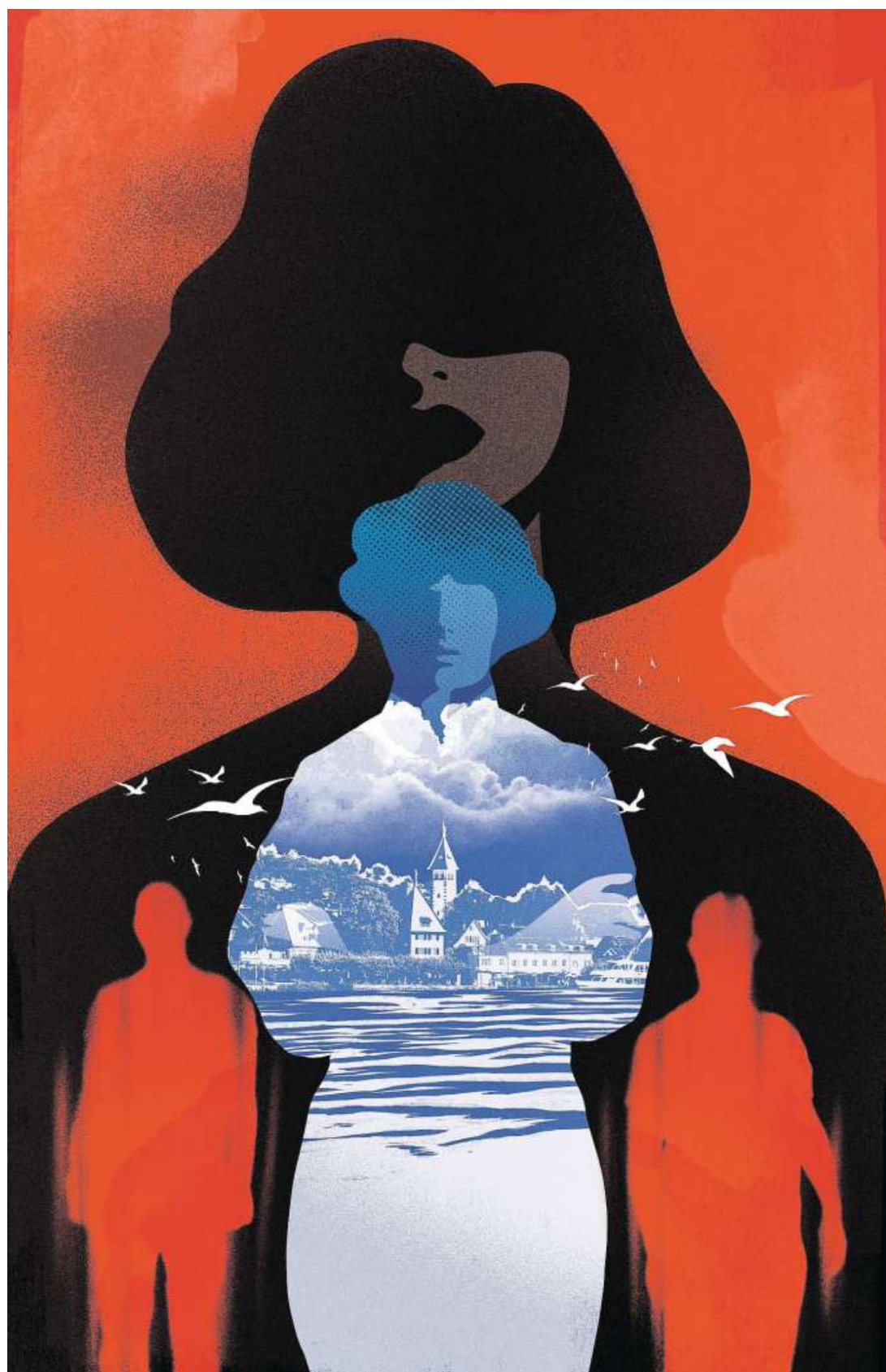
Schweizer Versorger sichern sich derzeit in Europa Gas für den Winter. Die Frage ist, ob es bis zu uns gelangen wird.  
**Jürg Meier**

Während Russland Europa langsam den Gashahn zudreht, arbeitet die Schweizer Gasbranche fieberhaft daran, die Versorgung im kommenden Winter sicherzustellen. Zu diesem Zweck kauft sie in Europa nicht nur Gas ein, sondern reserviert auch für viel Geld Speicherkapazitäten im Ausland. Der Grund: In der Schweiz gibt es keine Gaslager.

Nun geht in der Gaswirtschaft die Befürchtung um, der Rohstoff

könnte im Krisenfall vielleicht gar nie in der Schweiz ankommen. «Der kritische Punkt ist, dass beschafftes Gas tatsächlich in die Schweiz transportiert werden kann», sagt Thomas Hegglin, Sprecher des Verbandes der Schweizerischen Gasindustrie. Der Bund müsse darum zwingend mit seinen Bemühungen fortfahren, von den europäischen Ländern entsprechende Zusagen zu erhalten. Der Bundesrat verhandelt derzeit bilateral über sogenannte Solidaritätsabkommen, die den Zugriff auf schweizerisches Erdgas im Ausland sicherstellen sollen.

Seite 31



## Abtreibung in den USA: Sturm auf Kliniken

Einen Tag nach der Abschaffung des Abtreibungsrechts durch das Oberste Gericht haben in den USA gestern erneut Tausende vor dem Gebäude des Supreme Court in Washington sowie in Dutzenden weiteren Städten protestiert. Das Urteil des Obersten Gerichts vom Freitag liefert Zündstoff für Proteste und Gerichtsverfahren auf Jahre hinaus. Die Demokraten erhoffen sich von ihm Auftrieb für den angeschlagenen Präsidenten Joe Biden. Auch republikanische Wahlstrategen fürchten, der Supreme Court habe den Bogen überspannt. Nun hätten die Demokraten ein Thema für die Wahlen im November.

In der Hauptstadt lieferten sich Demonstranten Schreiduellen mit christlichen Unterstützern des Urteils. Gleichzeitig setzten neun konservativ geführte Gliedstaaten Gesetze zum Abtreibungsverbot und zur Schliessung von Abtreibungskliniken in Kraft. In Arizona schlossen die Praxen vorzeitig. In Mississippi marschierten Abtreibungsgegner vor der letzten dort noch aktiven Klinik auf und hinderten Schwangere am Zugang. Präsident Joe Biden kündigte an, nach Möglichkeiten zur Bewahrung des Rechtes auf den Schwangerschaftsabbruch zu suchen. (mmk.)

Seite 4/5

## AHV-Reform: Wer gewinnt, wer verliert

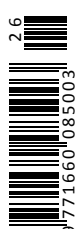
Sollen die Frauen erst mit 65 in Rente gehen? Im September entscheidet das Volk darüber. Mit dieser Massnahme könnte die AHV 1,4 Milliarden Franken im Jahr einsparen. Für gut verdienende Frauen bedeutet die Reform «AHV 21» eine Einbusse von rund 30 000 Franken. Allerdings hat der Bund Kompensationszahlungen vorgesehen: Wie neue Berechnungen zeigen, können diese bei tiefen Löhnen über 40 000 Franken erreichen. Davon profitieren jedoch nur einzelne Jahrgänge. (sal.)

Seite 23

## Tod auf Bestellung

Was klingt wie ein «Tatort»-Krimi, beschäftigt das Zürcher Obergericht: Eine Frau wird erstickt in ihrer Villa an der Goldküste gefunden. Die Tochter soll den Mord beim Ex-Freund in Auftrag gegeben haben, um an ihr Erbe zu kommen. Beide verweigern die Aussage. Kommt die Wahrheit je ans Licht?

Seite 10





# Würden Sie Ihr Schulkind hier betreuen lassen?

Die Geburtenzahlen steigen, die Schulkinder brauchen mehr Fläche: Das bringt viele urbane Gemeinden ans Limit. Sie müssen zu ungewöhnlichen Lösungen greifen: in Beizen, Kirchen oder auf einem Polizeiposten

René Donzé, Mirko Plüss

Der riesige Totenkopf mit den Blumenaugen grinst. Er steht auf der Terrasse des Kulturzentrums «Heitere Fahne» in Wabern bei Bern. Vor dem Eingang rauchen zwei junge Männer Selbstgedrehtes. In diesem alternativen Lokal ist der Mittagstisch für das Dorfschulhaus Wabern untergebracht. An den Holztischen werden Kinder neben Bier-Zapfhahnen verpflegt. «Ein besonders kreatives Beispiel» sei das, sagt Baudirektor Thomas Brönnimann.

Ein Beispiel dafür, wie sich die Gemeinde Köniz, zu der Wabern gehört, nach der Decke strecken muss, um der wachsenden Kinderschar Herr zu werden. In den letzten acht Jahren investierte die Stadt jedes Jahr rund 20 Millionen Franken in Schulräume. Die freien Rasenflächen bei Schulhäusern werden für Erweiterungen gebraucht. Dafür spielen die Schüler nun auf dem nahen ehemaligen Friedhof zwischen den letzten Grabsteinen Fussball.

Köniz ist Schweiz. Vor zehn Jahren zählte das Land rund 860 000 Schülerinnen und Schüler von Kindergarten- bis Sekundarschulalter. 2029 dürfte laut Bundesamt für Statistik die Millionengrenze überschritten werden. Das führt nicht nur zu einem allgegenwärtigen Lehrermangelknapp wird auch der Raum.

Brönnimann bezeichnet den Berner Vorort Köniz mit seinen 43 000 Einwohnern und vielen Büros der Bundesverwaltung als «heimliche zweite Bundesstadt». Er zeigt auf eine riesige neue Überbauung mit teuren Wohnungen oberhalb der Gurtenbahnstation. «Wir rechneten damit, dass hier vor allem kinderlose Paare oder Einzelpersonen einziehen würden», sagt er. «Gekommen sind Familien mit Kindern.»

Die Schweiz erlebt seit ein paar Jahren einen grundlegenden Wandel. Familien zieht es nicht mehr aufs Land, sondern in die Städte und deren Vororte. Dort sind die Arbeitswege kurz, es gibt mehr Betreuungseinrichtungen – ideale Bedingungen für Alleinerziehende oder Doppelverdiener mit Kindern. Entsprechend müssen städtische Gegenden ihren Schulraum ausbauen. Zürich plant durchschnittlich zwei neue Schulbauten pro Jahr, Bern eine.

## 3000 zusätzliche Klassen

Auf die ganze Schweiz gerechnet, ergibt sich ein riesiger Bedarf, zumal sich die Zunahme geografisch nicht gleichmässig verteilt: In den nächsten zehn Jahren müssen die Wachstumsgemeinden Raum für rund 3000 zusätzliche Klassen erstellen. Das sind noch einmal so viele, wie es bereits in den letzten zehn Jahren zusätzlich benötigte. Dies ergaben Modellrechnungen, die die Firma Eckhaus AG mit ihrer Datenbank Eckdaten.ch für die «NZZ am Sonntag» durchgeführt hat. Das Unternehmen beliefert Entscheidungsträger und Planer mit Prognosen als statistische Grundlagen für ihre Bedarfsberechnungen. Würden all diese 3000 zusätzlichen Räume in neuen Gebäuden erstellt, ergäbe das einen Bedarf von rund 200 neuen Oberstufen- und Primarschulhäusern sowie 250 neuen Kindergärten.

Theoretisch müsste also beinahe eine neue Schuleinheit pro Woche entstehen. Die Realität ist eine andere: Sie besteht aus Pro-



Hier werden Schülerinnen und Schüler über Mittag verpflegt: Kulturzentrum «Heitere Fahne» in Wabern bei Bern. (25. Juni 2022)

visorien und Improvisationen. So wird etwa in Wil (SG) derzeit die ehemalige Polizeiwache zu Schulraum für zwei Klassen umgebaut. «Es dürfte für die Kinder ein sehr spannendes Schuljahr werden», sagt Stadtrat Jigme Shitssetsang. «Neben altem Polizeimaterial hat es in den Räumen auch ehemalige Gefängniszellen.» In Wil werden Kinder auch in städtischen Büros und einem zweistöckigen Coiffeursaloon unterrichtet.

Die Stadt Zürich wiederum baut Schulräume unter anderem in einem ehemaligen Radiostudio ein – und sie will die Kirche Wipkingen zu einem Betreuungs- und Verpflegungsraum umnutzen. Die Stadt Basel hat das Garderobengebäude des Gartenbades Bachgraben in ein Schulhaus verwandelt und einen Kindergarten in einem ehemaligen Restaurant einquartiert. Vielerorts werden Räumlichkeiten der Kirchgemeinden für Horte oder Mittagstische genutzt. Die rückläufigen Mitgliederzahlen der Kirchen sind eine Chance für wachsende Schulen.

Wenn eine Schule überhaupt keinen Platz mehr findet, dann klingelt das Telefon bei Olivier Annaheim. Der Chef der Winterthurer Condicta AG nennt seine Schul-Container «modulare Räume». Vielen sehe man den Unterschied zu normalen Klassenzimmern nicht an. «Mit einem Baustellen-Container hat das nicht mehr viel zu tun.» Das Geschäft läuft gut. Die Condicta hat als Marktführer rund 1500

**«Der grosse Treiber ist der zunehmende Betreuungsbedarf der Kinder.»**

Module vermietet und 1000 verkauft. Dazu kommen nochmals 1000 vermietete Container anderer Anbieter. Die Stadt Zürich setzt auf eigene sogenannte Züri-Module. Annaheim geht von einer weiter steigenden Nachfrage aus: «Wir rechnen bei der Modulvermietung noch mindestens für die kommenden fünf Jahre mit einer jährlichen Zuwachsrate von zehn Prozent.»

Es sind indes nicht die steigenden Schülerzahlen allein, die die Gemeinden an ihre Grenzen bringen. «Der grosse Treiber ist der zunehmende Betreuungsbedarf der Kinder», sagt Friederike Pfromm. Sie ist leitende Expertin beim Ingenieurbüro Basler und Hofmann und berät Gemeinden bei der Schulraumentwicklung, dabei stützt sie sich unter anderem auch auf die Zahlen von Eckdaten.ch. Immer mehr Eltern lassen ihre Kinder in der Schule nicht nur schulen, sondern auch verköstigen und betreuen. Das heisst, dass es zusätzlich zu den rund 3000 neuen Schul- und Kindergartenräumen auch noch Platz für Betreuung und Mittagstische braucht. Der Flächenbedarf dafür hängt stark von der Gemeinde ab, sagt sie. Eine einfache Faustregel gibt es nicht.

Klar ist, dass die Kosten immens sind. Pfromm schätzt aufgrund von firmeneigenen Benchmarks, dass allein die 3000 zusätzlichen Klassenräume vier bis fünf Milliarden kosten werden. Eine Umfrage bei Städten und Kantonen zeigt: Diese rechnen mit einem Vielfachen dieses Betrags für Schulinvestitionen, weil sie auch alte Schulhäuser sanieren, neue Turnhallen erstellen und teure Provisorien errichten müssen. So geht allein die Stadt Zürich von zwei Milliarden Franken für die nächsten zehn

Jahre aus, Bern von 820 Millionen, Lausanne von 500 Millionen. Da sind die kantonalen Gymnasien noch gar nicht mitberücksichtigt. Der Kanton Zürich gibt eine Milliarde für zwei neue Gymnasien sowie Erweiterungen und Provisorien aus. Die Waadt braucht gleich vier zusätzliche Mittelschulen, der Kanton Aargau deren zwei. Auch Bern, Schwyz und Zug müssen ausbauen.

## Das Messer am Hals

Nur unweit des alten Dorfschulhauses von Wabern steht das Schulhaus Morillon. Baudirektor Brönnimann zeigt, wo ein Anbau für knapp 30 Millionen Franken gebaut werden soll. Diesem fällt eine weitere Spielwiese zum Opfer. Der Verdichtung im Wohnungsbau folgt die Verdichtung im Schulhausbau. «Wir haben das Messer am Hals», sagt er. Nicht nur der Platz wird knapp. Köniz ist ein Fall für eine finanzielle Sanierung und kann sich keine weiteren Investitionen mehr leisten. Wegen der vielen Schulbauten müsste die Stadt die Steuern erhöhen, doch lehnten dies die Stimmberechtigten ab. Heute Sonntag wird erneut abgestimmt. Bei einem Nein übernimmt der Kanton die Finanzhoheit.

Wie konnte es so weit kommen, dass so viele Schweizer Gemeinden auf dem falschen Fuss erwischte wurden? Die Frage führt von Köniz nach Adliswil bei Zürich. Dort ist Sonja Schiffner in der Stadtverwaltung für Liegenschaften zuständig. Sie hat sich im Rahmen einer Masterarbeit mit der Planung von Schulbauten befasst. Sie sagt, dass eine Kombination verschiedener Faktoren die Gemeinden ans Limit bringt. Im Kanton Zürich haben die Schulbaurichtlinien 2009 den Flächenbedarf um 24 Prozent er-

## Zwei Perspektiven



**Thomas Brönnimann (GLP) ist Baudirektor der Gemeinde Köniz, zuvor war er Bildungsdirektor. Er ist auch Mitglied des Berner Kantonsparlaments.**



**Friederike Pfromm ist leitende Expertin für Schulraumentwicklung beim Ingenieurbüro Basler und Hofmann. Zuvor war sie Luzerner Stadtbaumeisterin.**

höht, dazu kommen Betreuungsangebote, Wohnbautätigkeit, Verdichtung und Geburtenzuwachs. Dabei müssen die Gemeinden vorausschauend handeln: In der Regel dauert es sieben Jahre von der Planung bis zum Bezug eines neuen Schulhauses. Kinder kommen aber schon mit vier Jahren in den Kindergarten. «Schulraumprognosen sind sehr komplex und mit grossen Unsicherheiten behaftet.» Es lohne sich, grosszügig und vorausschauend zu planen oder zumindest Erweiterungen vorzubereiten: «Je grösser das geplante Volumen, desto günstiger werden die einzelnen Klassenräume.» Müssen später Provisorien errichtet werden, werde es teurer.

Kommt dazu, dass Schulhausbauten nicht selten durch Rekurse blockiert werden: Anwohner fürchten den Lärm und obwohler spielende Kinder in ihren Vorgärten. Eltern wehren sich gegen Provisorien, wie etwa den Umbau eines Gewerbehäuses in Bern, weil zu wenig Umschwung für die Kinder besteht. Solches ist auch Brönnimann ein Greuel, obwohl es im Könizer Stadtteil Liebfeld genügend leerstehende Gewerbeliegenschaften gäbe. «Als Vater würde ich mein Kind dort nicht hinschicken wollen», sagt er. Er steht vor einer Wiese, die die Stadt kürzlich erwerben konnte, hier sollen Spielflächen für Kinder bereitgestellt werden.

Brönnimann sagt, es sei nicht nur für die Kinder wichtig, dass die Gemeinden gute Schulhäuser erstellen. «Wir wollen den Lehrpersonen ein guter Arbeitgeber sein.» In Baracken und Büros wolle niemand unterrichten. Ein wichtiges Argument angesichts des Lehrermangels. Dann doch lieber den Kindern Mittagessen im «Heitere Fahne» servieren.